

Bern, 26. Februar 2024

## **Frühjahrsession 2024: Empfehlungen von AvenirSocial**

Sehr geehrte Mitglieder des Ständerats

Wir wünschen Ihnen einen guten Start in die erste Session des neuen Jahres! Nachstehend unterbreiten wir Ihnen unsere Empfehlungen zu den für die Frühjahrsession traktandierten Geschäften, welche die Soziale Arbeit direkt betreffen. Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie [hier](#).

AvenirSocial ist der [Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz](#). Wir vertreten die (berufs-) politischen Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Gemeindeanimation, Kindheitspädagogik und Arbeitsagogischer Leitung. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass politische Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung aller Menschen an, sodass für sie eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

---

### **[21.3715](#) – Motion «Impulsprogramm zur Prävention von Gewalt im Alter mit Fokus auf Betreuung»**

*Behandlung am 27. Februar 2024*

*Empfehlung: **Annahme***

Bund und Kantone haben 2020 ein gemeinsames Konzept für ein Impulsprogramm zur Prävention von Gewalt im Alter erarbeitet. Zwei Jahre lehnte es das Eidgenössische Departement des Innern ab, ein Programm in der geplanten Form durchzuführen. Die Motion von Alt-Nationalrätin Glanzmann verlangt, dass der Bundesrat die Arbeiten mit den Kantonen wieder aufnimmt und das Impulsprogramm realisiert. Aufgrund der Aktualität und Wichtigkeit des Themas und der dringend benötigten Unterstützung für die Fachpersonen empfiehlt AvenirSocial die Annahme der Motion.

---

### **[21.504](#) – Parlamentarische Initiative «Bei häuslicher Gewalt die Härtefallpraxis nach Artikel 50 AIG garantieren»**

*Behandlung am 28. Februar 2024*

*Empfehlung: **Annahme***

Sie behandeln am 28. Februar 2024 die parlamentarische Initiative [«Bei häuslicher Gewalt die Härtefallpraxis nach Artikel 50 AIG garantieren»](#). AvenirSocial engagiert sich mit Vehemenz, dass die Schweiz die von ihr ratifizierte [Istanbulkonvention](#) (Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) umsetzt. Deshalb haben wir uns im Rahmen der [Vernehmlassung](#) Anfang 2023 deutlich positioniert und die vorgeschlagenen Änderungen im Grundsatz begrüsst, da damit mehr Rechtsgleichheit unter Gewaltbetroffenen und einen besseren Opferschutz im Sinne einer ungebundenen Aufenthaltsmöglichkeit geschaffen werden kann. Zudem ist plausibel, dass die vorgeschlagene Anpassung eine präventive Wirkung auf die Täter\*innen haben wird und die Betroffenen in Zukunft leichter Zugang zu Opferhilfestellen finden, von deren Existenz sie bisher allzu oft nichts wussten.

---

**[24.3000](#) – Motion «Einbezug der Steuern in die Berechnung des Existenzminimums» und [23.303](#) Standesinitiative «Bekämpfung der Schuldenspirale. Berücksichtigung der Steuerlast des laufenden Jahres in den Richtlinien für die Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums. Anpassung der Bundesgesetzgebung»**

*Behandlung am 13. März 2024*

*Empfehlung: **Annahme***

Gemäss dem Bundesamt für Statistik lebten 2020 13.5 Prozent der Schweizer Bevölkerung und somit fast jede siebte Person in einem Haushalt mit mindestens einem Zahlungsrückstand. Diese Überschuldung führt zu Armut und häufig gelingt der Ausweg aus der Schuldenspirale nicht. Ein Leben in prekären wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen hat grosse negative Auswirkungen auf die mentale und physische Gesundheit der Betroffenen und ihrem Umfeld. Es droht soziale Ausgrenzung. Die [Schuldenberatung Schweiz](#) geht davon aus, dass in 40% der Fälle Kinder und Jugendliche mitbetroffen sind. Um die Zukunft dieser Kinder zu sichern, braucht es bessere Unterstützung, damit sie die Last ihrer Eltern nicht weiter tragen müssen. Erwähnenswert ist auch, dass es sich bei den meisten Schulden um Steuer- oder Krankenkassenschulden handelt. Man müsste also auch bei den entsprechenden Systemen (z.B. Krankenkasse) ansetzen, um solche Verschuldungen durch staatliche Systeme zu verhindern.

Die Schuldenberatung Schweiz untermauerte 2023 die Forderung nach strukturellen Änderungen: Jeder zehnte Schweizer Haushalt kann seine Steuerrechnung nicht beglichen. Dies ist nicht nur ein Problem für Bund und Kantone. Zehntausende von Steuerpflichtigen stehen aufgrund ihrer Verschuldung unter grossem Druck: Sie finden wegen Betriebsregistereinträgen keine Wohnung, ihre Kinder wachsen am Existenzminimum auf, und oft geht diese Stresssituation mit gesundheitlichen Problemen einher.

Die am 13. März behandelte Motion und die Standesinitiative des Kantons Genf versuchen strukturelle Änderungen anzustossen. An unserem Anlass am 27.02.24, 12:30h – 14h im Kommissionszimmer 8, gemeinsam mit der Schuldenberatung Schweiz informieren wir sie genauer, warum Sie diese beiden Geschäfte annehmen sollten. Anmelden dafür können sie sich [hier](#).

---

### **Allgemeiner Kommentar zu migrationspolitischen Geschäften**

Da in dieser Session eine Vielzahl migrationspolitischer Geschäfte behandelt werden, geben wir Ihnen die Grundsatzhaltung von AvenirSocial, um und Ihnen anschliessend die konkreten Geschäfte zur Ablehnung bzw. Annahme zu empfehlen.

Viele der behandelten Geschäfte zielen darauf ab, die Rechte von Personen zu schwächen, die nicht in der Schweiz geboren wurden oder nicht die schweizerische Staatsbürger\*innenschaft besitzen.

Die Förderung und Achtung der Menschenrechte sind Grundprinzipien für das professionelle Handeln der Sozialen Arbeit. Dies betrifft nicht zuletzt die Berücksichtigung der Bedürfnisse besonders schutzbedürftiger Menschen. Menschen, die oft innerhalb von kürzester Zeit ihr Zuhause und Angehörige verlassen und in eine unbekanntere Zukunft fliehen müssen, sind äusserst vulnerabel. Sie müssen daher bestmöglich und umfassend versorgt werden. Als Berufsverband und als Fachpersonen der Sozialen Arbeit setzen wir uns für eine soziale, demokratische Gesellschaft ein, die für Gastfreundschaft, Solidarität und die Wahrung der Menschenrechte, für Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Menschen und gegen Diskriminierung einsteht.

Wir unterstützen die Motion [23.3968](#) «Schutzstatus S. Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern», merken aber an, dass der Ukrainekrieg und der damit aktivierte Schutzstatus S in der breiten Öffentlichkeit aufgezeigt hat, dass die Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe grundsätzlich knapp bemessen sind. Darüber hinaus wurde deutlich, wie ungerechtfertigt eine zusätzliche Unterscheidung aufgrund des «Migrationsgrunds» ist. AvenirSocial hatte bereits im [März 2022](#) auf die Ungleichbehandlung von Geflüchteten hingewiesen und diese als diskriminierend taxiert. Alle Menschen in Not haben aus unserer Sicht die gleichen Ansprüche, und zwar unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Die Lebenshaltungskosten sind für alle gleich hoch.

**[23.4534](#) – Motion «Kein Asyl mehr für Personen aus international anerkannten Rechtsstaaten, welche der Europäischen Menschenrechtskonvention unterstellt sind»**

*Behandlung am 28. Februar 2024*

*Empfehlung: **Ablehnung***

**[23.3968](#) – Motion «Schutzstatus S. Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern»**

*Behandlung am 13. März 2024*

*Empfehlung: **Annahme***

**[23.4351](#) – Motion «Kostenbremsen im Asylwesen»**

*Behandlung am 13. März 2024*

*Empfehlung: **Ablehnung***

**[23.3082](#) – Motion «Rückführungsoffensive und konsequente Ausweisung von Straftätern und Gefährdern»**

*Behandlung am 13. März 2024*

*Empfehlung: **Ablehnung***

**[22.4105](#) – Motion «Den Fachkräftemangel mit allen mildern, die einen Abschluss in der höheren Berufsbildung haben»**

*Behandlung am 13. März 2024*

*Empfehlung: **Annahme***

---

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Tobias Bockstaller  
Verantwortlicher Fachliche Grundlagen  
[t.bockstaller@avenirsocial.ch](mailto:t.bockstaller@avenirsocial.ch)

Annina Grob  
Co-Geschäftsleiterin  
[a.grob@avenirsocial.ch](mailto:a.grob@avenirsocial.ch)